

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 17/13754 –**

Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolution 2100 (2013) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013

A. Problem

Die Bundesregierung hat den Deutschen Bundestag gebeten, der von ihr am 5. Juni 2013 beschlossenen Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) bis 30. Juni 2014 mit bis zu 150 Soldatinnen und Soldaten zuzustimmen.

Mali befindet sich an einem Scheideweg. Voraussetzung für eine Stabilisierung Malis ist die Schaffung eines sicheren Umfeldes im Norden, der Aufbau legitimer staatlicher Autorität und funktionierender staatlicher Strukturen in ganz Mali, sowie die Verbesserung der humanitären Lage und der Situation der Menschenrechte. Die Sicherheitslage bleibt auch nach dem Einsatz französischer Truppen und der afrikanisch geführten Mission AFISMA volatil. Obwohl die terroristisch-islamistischen Gruppen im Norden Malis durch die französische Operation deutlich geschwächt wurden, stellen sie nach wie vor eine Gefahr für die Zivilbevölkerung sowie eine Bedrohung für die territoriale Integrität, staatliche Autorität und Stabilität Malis dar. Zudem halten die Spannungen zwischen der malischen Übergangsregierung und der von Tuareg dominierten Bewegung MNLA weiterhin an. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat daher am 25. April 2013 die Einrichtung der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA) beschlossen, die zum 1. Juli 2013 die Aufgaben der afrikanisch geführten Mission AFISMA übernehmen soll. Gleichzeitig wird damit der Einsatz der internationalen Unterstützungsmission AFISMA enden. Im Gegensatz zu AFISMA, deren Mandat lediglich die Unterstützung der malischen Streitkräfte beim Aufbau von Kapazitäten sowie bei der Wiederherstellung der territorialen Integrität Malis vorsah, soll MINUSMA einen umfassenden Beitrag zur Stabilisierung Malis leisten. Das Mandat der Mission MINUSMA umfasst die Stabilisierung wichtiger Bevölkerungszentren sowie die Unterstützung bei der Wiederherstellung der staatlichen Autoritäten im ganzen Land, die Unterstützung für die Umsetzung des Fahrplans für den Übergang

(„Road Map“), einschließlich des nationalen politischen Dialogs und des Wahlprozesses, den Schutz von Zivilpersonen und des Personals der Vereinten Nationen, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, die Unterstützung für humanitäre Hilfe, die Unterstützung für die Erhaltung des Kulturguts, sowie die Unterstützung für nationale und internationale Justiz. Deutschland hat bisher schon im Rahmen eines vernetzten Ansatzes substantielle Unterstützung für Mali geleistet. So hat Deutschland die afrikanisch geführte Mission AFISMA und die zur Unterstützung von AFISMA eingesetzten französischen Kräfte mit taktischem Lufttransport und Luftbetankung unterstützt und beteiligt sich an der EU-Ausbildungsmission für malische Streitkräfte (EUTM Mali). Die deutsche Beteiligung an MINUSMA schließt an die für die afrikanisch geführte internationale Militärmission in Mali (AFISMA) geleisteten Beiträge an. Sie erfolgt vorrangig innerhalb Malis. Unterstützungsleistungen bei Lufttransport und Luftbetankung zur Unterstützung französischer Kräfte können in und über Mali sowie in und über Staaten erfolgen, von denen eine Genehmigung der jeweiligen Regierungen vorliegt. Mit der Beteiligung an MINUSMA setzt Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes sein umfassendes Engagement in Mali und der Sahel-Region fort.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Haushaltsausschuss nimmt gem. § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/13754 anzunehmen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Karl-Georg Wellmann
Berichterstatter

Heidmarie Wieczorek-Zeul
Berichterstatterin

Marina Schuster
Berichterstatterin

Jan van Aken
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Karl-Georg Wellmann, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Marina Schuster, Jan van Aken und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13754** in seiner 247. Sitzung am 14. Juni 2013 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und gem. § 96 GO-BT dem Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Die Bundesregierung hat den Deutschen Bundestag gebeten, der von ihr am 5. Juni 2013 beschlossenen Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) bis 30. Juni 2014 mit bis zu 150 Soldatinnen und Soldaten zuzustimmen.

Mali befindet sich an einem Scheideweg. Voraussetzung für eine Stabilisierung Malis ist die Schaffung eines sicheren Umfeldes im Norden, der Aufbau legitimer staatlicher Autorität und funktionierender staatlicher Strukturen in ganz Mali, sowie die Verbesserung der humanitären Lage und der Situation der Menschenrechte. Die Sicherheitslage bleibt auch nach dem Einsatz französischer Truppen und der afrikanisch geführten Mission AFISMA volatil. Obwohl die terroristisch-islamistischen Gruppen im Norden Malis durch die französische Operation deutlich geschwächt wurden, stellen sie nach wie vor eine Gefahr für die Zivilbevölkerung sowie eine Bedrohung für die territoriale Integrität, staatliche Autorität und Stabilität Malis dar. Zudem halten die Spannungen zwischen der malischen Übergangsregierung und der von Tuareg dominierten Bewegung MNLA weiterhin an. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat daher am 25. April 2013 die Einrichtung der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission in Mali (MINUSMA) beschlossen, die zum 1. Juli 2013 die Aufgaben der afrikanisch geführten Mission AFISMA

übernehmen soll. Gleichzeitig wird damit der Einsatz der internationalen Unterstützungsmission AFISMA enden. Im Gegensatz zu AFISMA, deren Mandat lediglich die Unterstützung der malischen Streitkräfte beim Aufbau von Kapazitäten sowie bei der Wiederherstellung der territorialen Integrität Malis vorsah, soll MINUSMA einen umfassenden Beitrag zur Stabilisierung Malis leisten. Das Mandat der Mission MINUSMA umfasst die Stabilisierung wichtiger Bevölkerungszentren sowie die Unterstützung bei der Wiederherstellung der staatlichen Autoritäten im ganzen Land, die Unterstützung für die Umsetzung des Fahrplans für den Übergang („Road Map“), einschließlich des nationalen politischen Dialogs und des Wahlprozesses, den Schutz von Zivilpersonen und des Personals der Vereinten Nationen, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, die Unterstützung für humanitäre Hilfe, die Unterstützung für die Erhaltung des Kulturguts, sowie die Unterstützung für nationale und internationale Justiz. Deutschland hat bisher schon im Rahmen eines vernetzten Ansatzes substantielle Unterstützung für Mali geleistet. So hat Deutschland die afrikanisch geführte Mission AFISMA und die zur Unterstützung von AFISMA eingesetzten französischen Kräfte mit taktischem Lufttransport und Luftbetankung unterstützt und beteiligt sich an der EU-Ausbildungsmission für malische Streitkräfte (EUTM Mali). Die deutsche Beteiligung an MINUSMA schließt an die für die afrikanisch geführte internationale Militärmission in Mali (AFISMA) geleisteten Beiträge an. Sie erfolgt vorrangig innerhalb Malis. Unterstützungsleistungen bei Lufttransport und Luftbetankung zur Unterstützung französischer Kräfte können in und über Mali sowie in und über Staaten erfolgen, von denen eine Genehmigung der jeweiligen Regierungen vorliegt. Mit der Beteiligung an MINUSMA setzt Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes sein umfassendes Engagement in Mali und der Sahel-Region fort.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13754 in seiner 142. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13754 in seiner 145. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/13754 in seiner 88. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/13754 in seiner 85. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache

17/13754 in seiner 93. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13754 in seiner 88. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss nimmt gem. § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 26. Juni 2013

Karl-Georg Wellmann
Berichterstatter

Heidmarie Wieczorek-Zeul
Berichterstatterin

Marina Schuster
Berichterstatterin

Jan van Aken
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*

* Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.